

Ersteinstufige
 monatlich 40 Pf.
 vierteljährlich 1.20 Mk.
 jährlich 4.80 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1.20 Mk. zuz. Postgebühren.

Die Neue Welt
 (Anzeigungsvertrag)
 durch die Post nicht bezogen,
 kostet monatlich 10 Pf.,
 vierteljährlich 30 Pf.,
 jährlich 1.20 Mk.

Telephon Nr. 1047.
 Telegramm-Adresse:
 Sozialdem. Halle/Saalkr.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Insertionsgebühr
 beträgt für die gewöhnliche
 Zeile oder deren Raum
 20 Pfennig
 für ausserordentliche Anzeigen
 30 Pfennig.
 Im reaktionären Falle
 kostet die Zeile 75 Pfennig.

Interate
 für die fällige Nummer
 müssen spätestens bis zum
 1. März der Expedition
 ausgegeben
 sein.

Erhalten in die
 Postzeitungliste.

Es geht zu Ende.

Der Liberalismus bleibt last- und kraftlos.

Der deutsche Liberalismus in allen seinen Spielarten läßt sich nicht nur um die politische Macht streben, sondern preßt sich selbst daran.

Weil aus den Reihen der Nationalliberalen wiederholt der Wunsch laut geworden ist, die Partei „müsse sich wieder auf den Boden der Heibelberger Erklärung zurückziehen“, unterzog vor kurzem das fortschrittliche Berliner „Volk“, diese im Jahre 1884 erlassene Erklärung, die wohl nur wenigen Lesern heutzutage bekannt ist, einer historischen Betrachtung und kam dabei zu dem ganz richtigen Schluß, die Erklärung sei nichts weiter gewesen als eine Ergebnissadresse der damaligen nationalliberalen Partei an die Person des Fürsten Bismarck. Dieser hatte sich bekanntlich in den 70er Jahren hauptsächlich auf die nationalliberalen Partei gestützt; als sie aber seine Schenkung in der Zoll- und Handelspolitik nicht ohne Mißtrauen mitmachen wollte, hatte er ihr kurzerhand den Stuhl vor die Tür gesetzt und 1878 den Altentwurfsummel entworfen, mit dessen Hilfe das Zentrum zur regierenden Partei gemacht wurde. Inzwischen hatten sich die Nationalliberalen in die schmerzlichen Stellen an ihrem Hinterteil rieben, wußten sie nichts Besseres zu tun, als dem Kanzler, der sie so unanftig behandelt hatte, ihre ehrsüchtige Hochachtung auszubringen. Ein winziges Häuflein von ihnen — der sogenannte „linke Flügel“, der aber nur aus 10 Mann bestand — war o'erbings ausgegliedert und hatte sich am 4. März 1884 mit der ehemaligen Fortschrittspartei zur „deutschesreifungspartei“ verschmolzen. Und nach deren Zerbrechen im Gange, um auch den Rest der Nationalliberalen dort hinüberzuführen und so dem Kanzler wieder eine geschlossene liberale Partei von nahezu 150 Abgeordneten gegenüberzustellen. Die aber, unter der Führung von Johannes Meißner und dem Freiherren v. Helldorf, am 23. März mit einer scharfen Abgabe, das war eben jene Heibelberger Erklärung. Das interessanteste daran ist, daß sie

das Ausnahmefolge gegen die Sozialdemokratie als Programmforderung

ausstellte. Man denke daran, daß der Streit um das Ausnahmefolge — wenn auch nicht der wahre Grund, so doch der Vorwand des Sturzes der Nationalliberalen gewesen war. Und nun erhob die Partei eben dies zu einer Programmforderung! Das bedeutet natürlich, daß sie sich wieder, ganz wie in den 70er Jahren, mit Haut und Haaren dem Dienste des Kanzlers verschrieb. Es war dieselbe Kattik, die im Jahre 1908 die Freisinnigen im Reich befohlen, als sie sich nach Herrn v. Payers Ausspruch nicht „auszuscheiden“ lassen wollten. Damit stimmt denn auch überein, daß die Heibelberger Erklärung von Lobbedienen gegenüber der Politik Bismarcks wimmelt, ihm das volle Vertrauen zu seiner auswärtigen Politik auspricht und ihm unbedingte Gefolgschaft für etwaige Militärvorlagen verspricht. Es versteht sich, daß die Nationalliberalen von 1884 durch diese Kreierklärung ihren eigentlichen Zweck ebensowenig erreichten, wie die Freisinnigen von 1908. Bismarck hat sich später wieder ihrer bedient, z. B. zu dem berüchtigten Kartell des Jahres 1887; aber zu der Stellung, die sie in den 70er Jahren eingenommen hatten, wo sie zwar auch immer nur das hatten tun dürfen, was Bismarck haben wollte, wo sie aber doch wenigstens nach außen hin den Schein einer regierenden Partei besaßen hatten — zu der Stellung also, zu der zurückzuführen ihres Strebens schlichtestes Ziel war, hat er sie nicht wieder aufrücken lassen.

Das Berliner Tageblatt bezieht es nun mit Recht als höchst bedenklich, daß sich gerade jetzt die Nationalliberalen auf neue zur Heibelberger Erklärung bekennen wollen. Es würde das nichts anderes bedeuten, als die Wiederholung der alten Kartellpolitik (gemeint ist die Kartellpolitik von 1887 zwischen Konserverativen, Zentrum und Nationalliberalen) mit ihrem geschäftigen Charakter antiliberaler Gewalt- und Unterdrückungspolitik, und das für einen Kanzler, der nicht mehr Bismarck, sondern Bethmann heißt.

In demselben Klänge jedoch, worin das V. Z. diese ganz vernünftigen Ausführungen macht, an denen höchstens die Naivität auszufehen wäre, mit denen es sich alle paar Wochen mindestens einmal darüber wundert, daß die Nationalliberalen ihren Wunsch nach recht haben, während doch jedem denkenden Politiker schon seit Jahrzehnten klar sein mußte, daß die Nationalliberalen überhaupt nur ein riesiges Anhängel der

konserverativen Parteien sind — in demselben Klänge spricht das V. Z. selbst eine Ergebnissadresse für die Reichsregierung aus, die in sachlichem Gehalt mindestens ebenso schwer wiegt, wie die Klischee der Nationalliberalen zur Heibelberger Erklärung. Es findet nämlich das Gebahren der Nationalliberalen um so verwerflicher, weil die Voraussetzungen fehlen, die das Kartell von 1887 wenigstens als vorübergehende Erscheinung angeblich rechtfertigen konnten. Denn — so schreibt das Berliner Tageblatt in diesem Zusammenhange —

„In militärischen Fragen machen einer vernünftigen Regierung heute weder das Zentrum noch der Fortschritt Schwierigkeiten“. Das ist eine Erklärung, die sachlich alles Gezeir über das Verhalten der Nationalliberalen aufweist. Es sei nebenbei darauf hingewiesen, daß auch 1887 die freisinnige Partei alle Militärforderungen bewilligt hat, und daß der Streit nur entstand, weil die Regierung alles auf sieben Jahre haben, die Opposition es aber nur auf drei Jahre geben wollte. In diesem Zusammenhang bedeutet folglich die heutige Erklärung, daß der „Fortschritt“ (woll sagen, die sogenannte „fortschrittliche Volkspartei“) in Militärfragen dem Reichsanwalt bis in die Kleinsten nebenfälligen Einzelheiten zu Willen sein wird. Mein Lieber, was willst du noch mehr! Was bleibt denn noch für eine Opposition übrig, wenn man der Regierung die Soldaten und Kanonen, die Grundlagen aller Macht, der hat die Macht, das dürfen die weisen Politiker dieses sogenannten „Fortschritts“ doch wohl wissen. Und ebenso dürfen sie wissen, daß mit den Militärfragen im Deutschen Reich die Steuerfragen untrennbar verknüpft sind. 1400 bis 1500 Millionen Mark werden jetzt bei uns alljährlich fürs Militär ausgegeben, und das bei einem Etat, der z. B. 1909 insgesamt nur etwa 2000 Millionen betrug. Daraus folgt unweigerlich: wer die Soldaten zu bewilligen sich verpflichtet, der muß auch die Steuern bewilligen, die für Zwecke der Rüstung verlangt werden. Denn auf das folgt gleich das, was ist die Ordnung im V. Z. Es liegt demnach in der Erklärung des Berliner Tageblatts, daß auch der — mit Respekt zu bezeichnen — „entschiedene“ Liberalismus in Militärfragen wie in Steuerfragen die Wünsche der Regierung bis auf das Tapfelchen über dem i zu erfüllen bereit ist.

Und nun fragen wir, was kann es der Regierung verschlagen, wenn der Liberalismus in Bekleidungen „voll“ und „ganz“ und „unentwert“ Opposition treibt, wenn er z. B. in Schlußfragen grimmige Resolutionen beschließt, für eine „freischippige Weltanschauung“ eintritt und ähnliche Dinge mehr, die doch so lange nur Schmiedspand bleiben, wie er ihr die Soldaten und das Geld bewilligt, die die tatsächliche Macht in die Hände liefert! Will der Liberalismus ernstlich gegen die Regierung anklagen oder — wie er das immer so schön ausbrüdt — die Wucht der Reaktion in Deutschland brechen, dann muß er sie da zu treffen suchen, wo der Quell ihres Lebens liegt. Statt dessen will er ihr selbst die Mittel zur Weiterexistenz darbringen, und beauftragt sich und andere mit Demonstrationen über dieselbe Freiheit, die er durch sein Verhalten umbringen hilft.

Es geht zu Ende mit dem „Liberalismus“.

Belgien und Preußen.

Die stürmischen Szenen, unter denen sich am letzten Dienstag in Brüssel die Eröffnung der Kammer und die Verteilung der Kronrede durch den König vollzog, werden auch in den Reihen des preussischen Volkes ein lebhaftes Echo finden. „Tua res agitur!“ — um deine preussische Sache handelt es sich — rief der reaktionäre preussische Justizminister Schönfeld im Abgeordnetenhause, als er die Hilfsregeln der Berliner Polizei zur Unterdrückung der russischen Freiheitsbewegung zu verteidigen suchte. „Tua res agitur!“ heißt es jetzt auch für das preussische Volk, wenn drüben in Belgien wieder die Fahne des Wahlrechtskampfes entflattert wird. Es handelt sich um unsere eigene Sache, um unsern preussischen Wahlrechtskampf, in Brüssel ebensooft wie in Berlin oder in Köln. Denn der Verlauf und Ausgang dieser heiligsten Bewegung muß auf das benachbarte Preußen auch starkte zurückwirken, und wenn jetzt die Belgier das gleiche Wahlrecht erörtern, dann würden die Preußen alle Schande der Weltgeschichte auf sich häufen, wenn sie ihnen darin nicht bald nachkämen.

In verschiedenen bürgerlichen Kreisen erhebt sich ein weinerliches Gezeir, weil die belgischen Kammergesellschaften durch ihr heftiges Gebahren den Heibel vor ihren „Allerhöchsten Herrschaften“ verlegt hätten. Den belgischen Genossen ist es aber,

wie aus demselben Erklärung hervorgeht, gar nicht einfallen, den König „belgischen“ zu wollen, wozu auch gar kein Anlaß vorlag, da Herr Albert allgemein als anhänglicher Mensch gilt. Daß sie aber vor dem Anlaß der Mehrheit nicht in Demut erfinden sondern gerade die Anwesenheit des Königs und den feierlichen Akt der Kammereröffnung dazu benutzen, um für ihre gute Sache höchst wirkungsvoll zu demonstrieren, kann ihnen nur von Nationalliberalen und anderen Spöbameuten übel genommen werden. Im belgischen Volk wird man ihr Verhalten verstehen und im preussischen erst recht.

Während nun die belgischen Arbeiter mit frischen Kräften in ihren Wahlrechtskampf gehen, was wird in Preußen? Soeben veröffentlicht der freiserverbände Freibere v. Bethli im Tag eines Artikels, in dem er den bekannten realistischen Genossen ausführt, daß an die Einbringung einer neuen Wahlrechtsvorlage im preussischen Landtag zunächst gar nicht gedacht werden könne.

In Preußen find wir ja noch nicht so weit wie in Belgien, wo es sich darum handelt, den Wahlproporz durch das gleiche Wahlrecht zu ersetzen. In Preußen rechnen die herrschenden Mächte ja noch mit der Möglichkeit, das Dreifachwahlrecht erhalten zu können, von dem freilich zwei lebenswichtige Teile, das indirekte Wahlverfahren und die öffentliche Stimmabgabe, selbst von den „Staatsfeindlichen“ als sehr zum Abbruch bestimmt werden. Herr v. Bethli schreibt darüber:

„Daß neben der öffentlichen Stimmabgabe auch die indirekte Wahl auf die Dauer bei uns nicht mehr faktisch sein wird, erscheint nach den Ergebnissen der letzten Wahlkampagne nur zu wahrscheinlich. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß sich der Übergang zur geheimen und direkten Wahl ohne die schwersten Kämpfe vollziehen wird. Die Konserverativen, welche so großen Wert auf die Aufrechterhaltung der indirekten Wahl legen, daß sie um ihre Mittel die bis dahin so hoch gehaltenen öffentliche Stimmabgabe preisgeben haben, werden diese Position auf das hartnäckigste verteidigen. Ihre Wiederzögerung ist demnach für die Umwälzung der preussischen Verfassung ein sehr mannigfaltiges Merkmal der Unklarheiten, wenn man annehmen wollte, daß sie sich durch Rücksichten auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zu einem Toleranzposse (Gewährleistung) gegenüber der direkten Wahl bestimmen lassen könnten. Ihre Stärke und Machtstellung im Abgeordnetenhause bildet das sichere Fundament ihres Einflusses im Reich und Staat. Eine Partei, in der unter der Führung der Herren v. Mendelssohn der Wille zur Macht und der größtmöglichen Grund von Stärke erredet hat, wird unter allen Umständen alles anstreben, sich dieses Weltwert zu erhalten.“

Daraus schließt nun der freiserverbände Realistischer Herr v. Bethli, daß die Regierung nicht daran denken könne, eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen. Und wir sind überzeugt, sie wird auch an diese wichtigste Aufgabe der Gegenwart nicht denken, wenn sie nicht gezwungen daran erzwungen wird. Die sachlich durchaus zutreffenden Ausführungen des Herrn v. Bethli beweisen für uns, daß über dem Kampf um den dreifachen Reichstag der Kampf um das preussische Wahlrecht in seinem Augenblick vergehen werden darf. Der Kampf um den Reichstag muß dem Zweck dienen, daß es auch in Preußen endlich vorwärts geht!

Dazu helfe uns Belgien!

Demokratischer Wahltag in Amerika.

Am Dienstag haben, wie bereits gemeldet, in den meisten Staaten der Union die Gouverneure, Senats- und Abgeordnete in einigen Staaten auch die Wahlen zum Landesparlament stattgefunden. Die Republikaner haben dabei eine Niederlage erlitten, die nach den neuen Meldungen weit größer ist, als man erwartet hatte. Zeit mehr als zwanzig Jahren hatten die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus (Unterhaus) zu Washington, das sich bisher aus 219 Republikanern und 172 Demokraten zusammensetzte. An neuen Klängen werden die Demokraten eine Mehrheit von etwa 40 Stimmen haben. Auch in der Legislative des Staates New York ist der demokratischen Partei die Majorität zugefallen.

Die große Erfolge und der Stimmengewinn der sozialistischen Partei sind, darüber liegen Einzelheiten noch nicht vor. Aber alle Meldungen lassen erkennen, daß die Partei gute Fortschritte gemacht hat und immer mehr an Boden gewinnt. Nicht doch auch zum ersten Male ein Sozialdemokrat in den Kongress ein; die Wahl in Milwaukee sei den Sozialisten durch die Unterstützung der republikanischen Partei, die sich in Milwaukee noch ein zweiter Sozialdemokrat im Repräsentantenhaus gemeldet hat.

Das Hauptinteresse bei den Wahlen konzentriert sich namentlich auf die Staaten, in denen die Verfassung und die Politik im Mittelpunkt stand: New Jersey, New York, Ohio und Connecticut. In den Staaten Wisconsin, Idaho, Minnesota, Indiana und in den Teilen von Washington, Kalifornien, Oregon, Colorado und Texas, der Stöckung des republikanischen „Anführerentums“ rechnete man von vornherein mit einem Siege des progressiven Flügels der republikanischen Partei, wenn nicht der Demokraten. Das preussische Einpartei

partei gemeinsame Sache machte, heißt noch 88 Wahlmänner. Die Wahl der sozialdemokratischen Abgeordneten, 9 an der Zahl, ist damit gesichert. Vor drei Jahren beteiligten sich an der Wahl etwas über 600 Wähler, diesmal aber 6028, von denen 3046 auf die Sozialdemokratie entfielen.

Deutsches Reich.

— Zur Freizeitarbeit in Baden nach der Entschliebung Elsaß-Lothringens wegen Erteilung der Durchfuhr-Erlaubnis noch nicht erfolgt, deswegen hat die badische Regierung jetzt angeordnet, daß das französische Schladtgesetz trotzdem eingeführt wird, aber Elsaß-Lothringens umgangen werden soll. Das französische Gesetz soll über den badiischen Wahnsinn bei Wahl zugelassen werden.

— Ein Richter. Der antikerische Reichstagsabgeordnete Kelle, in seinem Privatberufe Amtsgerichtsrat, wurde von dem Disziplinarrat des Oberlandesgerichts Celle zu Strafbefugnis und 600 M. Geldstrafe verurteilt. Das Vergehen, dessen Kelle angeklagt war, liegt längeres Zeit zurück. In einem Verzeß, in dem er den Vorfall führte, wurde er von dem Richter als befangen abgelehnt. Kelle erklärte sich aber für nicht befangen und sprach den Redakteur der ihm nachstehenden Parzeitung frei, während die Strafammer in Wöttingen später gegen den Redakteur auf drei Monate Gefängnis erkannte. Kelle wurde wegen dieser Angelegenheit vor den Disziplinarrat in Celle geladen, hat aber keinen Urteil.

— Ein politischer Selbstmord. Wie der Kurier Bogomanski meldet, hat der belarische politische Reichstagsabg. Korfanč, ein Zentrum- und Deutschreflexer erster Güte, plötzlich seine Stellung an den deutsch-freundlichen Reichstagsabgeordneten Wapczinski, mit dem er bis dahin in allerhöchster Freundschaft verkehrte und bleibt in der Redaktion weiter tätig. Der Kurier Bogomanski nennt diese Tat den politischen und moralischen Selbstmord Korfančs.

— Entate Folgen der Zündholzsteuer. Im Geschäftsbericht des Vorstands der Danziger Kaufmannschaft wird mitgeteilt, daß die Danziger Zündholzfabrik den Betrieb bis zur Hälfte der Leistungsfähigkeit eingeschränkt hat; ein großer Teil aller Arbeiter ist entlassen worden. In beteiligten Kreisen wird angenommen, daß die Zündholz-Industrie nicht nur viel traurigeren Zeit entgegensteht.

— Herr Wilton wollte nicht. Der Nationale Wahlverein im Kreise Elmshorn-Bismarck hat jetzt der fortschrittlichen Abgeordnete Carlens vertrieben, hat dem Fürsten Wilton die Reichstagskandidatur angetragen, Fürst Wilton hat dankend abgelehnt, was sich die „nationalen“ Männer in Elmshorn-Bismarck von vornherein hätten sagen können.

— Nationalliberale Reformansprecher. Jüngst ist der nationalliberale Reichstagsabg. Reithard nach der Wahlkreise Dortmund-Bochum berufen worden. Am letzten Sonntag hat er sich in Folgen bei Schwerte zum ersten Male vorgestellt, und zwar als Reformansprecher. In seiner Rede wagen vor der feierlichen Zeit war aber Reithard mit einer patriotischen Sprengelose erschienen und hatte den größten Teil des Saales besetzt. Sie bemächtigten sich auch des Bureau und lobten und brüllten während des Vortrags, bis der Tumult den Redner zum Abgucken, abgucken. Nun hatten unsere nationalsten Genossen natürlich auch keine Wahl, die vorgelegten Redner der Redezeit anzuheben. Sie stimmten vielmehr in all dem Tumult ein Lied an, auf das die nationalliberalen Genossenschaftler mit dem Rufe: „Deutschland, Deutschland über alles antworteten.“ Das fand also die Wahrheit von Anfang an guter Gatte, die sich heifer rufen nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie.

— Wuch nicht ist — aber nur dem Alter. Die Rheinische Westfälische Zeitung teilt mit, daß der Generaldirektor des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Herr W u e d, wegen hohen Alters zu Neujahr sein Amt niederlegen wird. Man wird die Geschichte des deutschen Schornsteinmachers nicht schreiben können, ohne des Herrn Wuch eingehend Erwähnung zu tun. Kaum ein Anschlag gegen die laffenbewußte Arbeitererschaft Deutschlands ist ausgeführt worden, bei dem Herr Wuch nicht seine Hand im Spiel gehabt hätte. Wenn man als Gegner etwas an ihm thun könnte, dann ist es die rühmlichste Offenheit, mit der er den Kampf zu führen gewohnt war.

— Defizit und Pump überall. Der Senat der Stadt S a m m u r g hat der Bürgererschaft das Budget für das Jahr 1911 vorgelegt, das mit einem Defizit von 16,8 Millionen im März abschließt. Wegen der Mehrausgaben, bei der die geplante Erhöhung der Beamtengehälter nicht berücksichtigt ist, hat der Senat beantragt, den Gehaltssatz vorläufig durch eine temporäre Anleihe zu decken.

Frankreich.

— Briand vor dem Parlament. Paris, 9. November. Die Kammer setzte ohne Zwischenfall die Interpellations-Debatte über die allgemeine Politik der Regierung fort. Nachdem sich verschiedene Redner zu dieser Frage geäußert hatten, befragte der Renegat Briand die Ministertribüne, um auf die Interpellationen von gestern und heute zu antworten. Nach einigen einleitenden Worten ging Briand zu der Frage über: Welche Politik die Regierung im Falle eines neuen Eisenbahner-Ausfalls Landes beobachten müsse. Die Regierung habe zwar zur Unterdrückung der Sabotage gesetzliche Mittel zur Verfügung, aber damit sei die Frage noch lange nicht erschöpft. Es sei möglich, daß plötzlich zu einer gewissen Stunde sämtliche Eisenbahnen in ganz Frankreich stillfielen, so daß das „Leben der Nation“ aufs ernsteste gefährdet würde. „Wenn Sie“, so wandte sich Briand an das ganze Parlament, „in einem solchen Augenblick wirklich verlangen, daß die Regierung unter dem Vorwand, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu wahren, die Arme freizulassen, so müssen Sie heute mit einem klaren und entscheidenden Ja antworten und ich werde gehen.“

Briand will dem B. E. zufolge versuchen, am Mittwoch nachmittags mit den Interpellationen zu Ende zu kommen. Es gilt als ziemlich sicher, daß Briand nicht warten wird, bis alle noch eingeschickten Redner gesprochen haben, um die Sitzung zu beenden, sondern wird wahrscheinlich nach den ersten drei Rednern die gewünschten Erklärungen abgeben.

worauf es sich zeigen wird, ob die Kammer weitere Angriffe der geringen Sozialisten dabei oder dem Ministerpräsidenten folgt. Man rechnet heute mit einer langen Sitzung, bei der die Diskussion unter allen Umständen heute zu Ende geführt werden soll.

Paris, 9. November. Mehrere Fraktionen der Linken hielten heute vor Beginn der Sitzung Versprechungen über die nach Abschluß der Interpellations-Debatte zu beobachtende Haltung. Die radikale Fraktion überläßt ihren Mitgliedern die Freiheit, zu stimmen, wie sie wollen. Auch der größte Teil der Radikalsocialisten enthielt sich einer bestimmten Entscheidung. Die Mehrheit dieser Fraktion beauftragte jedoch den Abgeordneten P e l l e t a n, eine Tagesordnung einzubringen, die sich für eine auf die Einigung aller Republikaner hinzielende Politik erklären und sich dagegen ausdrücken soll, daß die von den Arbeitern erlangene Koalitionsfreiheit angefaßt werde.

Das „Brettauensium“ für Briand.

Paris, 10. November. Im Verlaufe der gestrigen Kammerung brachte der Abgeordnete G r e n d i e r eine Tagesordnung ein, welche lautete: Die Kammer vertraut der Erklärung der Regierung und weist ihre Zustimmung zurück und geht zur Tagesordnung über. Nach der der Abstimmung hatte Briand wiederholt Anfragen verschiedener Redner zu bestehen. Namentlich der frühere Marineminister P e l l e t a n, Führer der Radikalsocialisten, erging ihm in überaus heftigen Angriffen gegen den Kabinettschef Briand. Schließlich erfolgte die Annahme der Tagesordnung mit einer Stimmenzahl von 296 gegen 200.

Demonstrationen der Winzer.

Paris, 9. November. Aus Reims wird berichtet, daß die Aufregung unter den Winzern, die kürzlich die Steuernverweigerung beschlossen haben, fortwährt. Sie verlangen ein energisches Eingreifen der Regierung zur Verhinderung von Weinfälschungen. Die Weingüter, daß auf dem Bahnhofe 400 Hektoliter Wein aus der Touraine eingetroffen seien, erregte großen Unwillen und laufend Winzer gegen vor den Bahnhof unter dem Rufe: „Wieder mit den Weinfälschern!“ Der Interpellant gab den Winzern die Versicherung, daß der Wein an die Abnehmer zurückgeschickt werden sollte; aber es gelang nur schwer, die erregte Menge zu beruhigen. Gruppenehmer durchzogen die Winzer die Straßen verschiedener Ortschaften unter Abführung der Interpellanten.

England.

Die Lage in Wales.

London, 10. November. Gestern trafen hier zehn Vertreter der Grubenarbeiter aus dem Rhonddale ein und verhandelten heute mit Aquitt, dem Kontrolleur des Arbeitsdepartements und dem Handelsamt über die Lage. Auf Weisung des Ministeriums des Innern wurde der Straßenbahnverkehr im ganzen Streikgebiet eingestellt und sämtliche Gasthäuser geschlossen. Gestern wurden weitere Truppenbewegungen nach dem Streikgebiet beobachtet. Der in Tompanby bei den vorgezogenen schweren „Ausfrierungen“ der Streikenden angerichtete Schaden wird auf 600 000 M. (1) geschätzt. Die Maschinen der Steamorgangruben sind nunmehr ebenfalls zum Stillstand, da die Bergleute, die sie früher im Gang hielten, erschöpft sind. Die Gänge füllten sich jetzt mit Wasser und 400 Pferde, die sich darin befinden, müssen unkommen.

Oesterreich-Ungarn.

Ungarische Kulturvereine.

Das Organ des hochpatriotischen Lehrervereins des Komitates Bihar teilt gauenhafte Dinge über die dortigen Schulzustände mit. „In den Gemeinden des Kreises Selahas (46 482 Einwohner) gibt es 16 Prozent Analphabeten. In sieben Gemeinden sind überhaupt keine Schulen. Im Kreise Raszkó wohnen in 42 Gemeinden 22 852 Seelen. Von diesen sind 83 Prozent des Lebens und Schreibens nicht mächtig. In 14 Gemeinden gibt es keine Schulen; die Schulen in den anderen Gemeinden sind auch nicht entsprechend.“ Der Obergespan forderte die Kreisbehörden auf, die Gemeinden zur Errichtung von Schulen zu zwingen. Aber die Gemeinden haben sich weigert, sagt zur die Politik. Sie sind arm; in manchen werden schon jetzt 900 bis 300 Prozent Gemeindevolumen gezahlt. Das kommt daher, daß die reichen Großgrundbesitzer selbständige Gemeinden bilden und zu den Ausgaben der Gemeinden nichts beitragen.“ Die Edelsten sind einander überall gleich.

Türkei.

Die Anleihe abgeschlossen.

Konstantinopel, 10. November. Die Unterzeichnung des türkischen Anleihevertrages fand gestern im Konal des Ministeriums statt. Der Totalbetrag der Anleihe beträgt 11 Millionen Pfund, wovon 7 Millionen Pfund sofort zu übergeben sind. Die Bedingungen für die restlichen 4 Millionen Pfund werden in einem besonderen Vertrage niedergelegt.

Aus der Partei.

Vom Fortschritt der Presse.

Die Volkswacht in V i e l e f e l d hat in der letzten Woche 500 Abonnenten gewonnen. Über 1000 Abonnenten hat die jüngste Hausagitation der D i f f e l d o r f e r Volkszeitung gebracht.

Gewerkschaftliches.

It der Bergarbeiterverband ein „politischer Verein“? Trotz der Erklärung des Staatssekretärs bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes, daß die Gewerkschaften nicht unter die politischen Vereine gerechnet werden sollen, sind die Verwaltungsbehörden und Gerichte eifrig dabei, die Gewerkschaften zu politischen Organisationen zu stampeln. In letzter Zeit werden fast täglich gerichtliche Urteile bekannt, nach denen die Gewerkschaften politische Vereine sein sollen. Zur Abwehrung stand die Frage wieder einmal für den Bergarbeiterverband zur Entscheidung. Am 1. Oktober 1909 gab das Landgericht Bochum ein entscheidendes Urteil, daß der Bergarbeiterverband kein politischer Verein ist, war die höchste Instanz als politischer Verein erklärt und der Vertrauensmann L. vom

Schöffengericht in B e r n e in Strafe genommen worden, weil er es unterlassen hatte, die Hilfe der Schöffensmitglieder und die Statuten bei der Behörde einzureichen. Gegen die Verurteilung wurde das Landgericht R i n k e r als Berufungsinstante angezogen. Die Strafammer in Münster erkannte auf Freisprechung. Das Oberlandesgericht hob jedoch das freisprechende Urteil auf, die Strafammer in Münster erkannte aber zum zweiten Male auf Freisprechung. Der Staatsanwalt legte Revision ein und erzielte abermals Aufhebung des Urteils. Nun wurde die Sache dem Landgericht Dortmund zur Ururteilung übergeben. Die Revisionsinstanz machte geltend, daß es weniger auf die Bestimmungen des Statuts ankomme, um festzustellen, ob der Verein zur politischen sei, als vielmehr auf seine Wirksamkeit. Der Verein habe sozialpolitische Maßnahmen, das Mitglied R a b b o t, die Sicherheit auf den Gruben, Knappheitsverhältnisse usw. diskutiert, und da sei zu prüfen, ob darin nicht eine politische Tätigkeit zu erblicken sei.

Das Landgericht Dortmund ging einer prinzipiellen Entscheidung aus dem Wege, indem es dahingestellt ließ, ob der Verein selbständig sei — politisch sei er allerdings; aber dem Angeklagten müsse zugestimmt werden, daß ihm kein rechtswidriges Verhalten nicht bewußt gewesen sei und darum müsse Freisprechung erfolgen. Durch diese Entscheidung ist die Sache um keinen Schritt weiter gekommen. Sobald sich die Beratung in der Revisionsinstanz, wenn davon, daß der Verband sich mit dem Mitglied auf Rabbot, mit der Schwereitsmännerverhältnisse usw. beschäftigte, bezogen werden soll, daß er Politik treibe, so wird wohl jede Gemerktheit als „politisch“ angesehen werden müssen. Was soll denn sonst den Zweckerklaftern erlaubt sein zu betreiben, wenn nicht solche Interessenfragen ihres Berufs?

„Weiße Salbe“.

Die Grubenbesitzer in Ruhrbezirk sind von der Kontrolle der Sicherheitsmänner immer erbaut. Sie betradeten die Einschränkung eben nur als „weiße Salbe“, wie sie in der Sitzung der Grubenbesitzer genannt worden ist. Die Sicherheitsmänner sind denn auch schon Maßnahmen angeordnet. Refersat wurden ihnen Entlassungen angeklagt. Auf Jede Dorfteil bei Dortmund sind zwei Sicherheitsmänner plötzlich entlassen worden. Am letzten Sonntag hat nun eine Wechseltagsverammlung der Besatzung stattgefunden, die von etwa 1000 Bergleuten besucht war. In der Diskussion zeigte sich eine ziemliche Erregtheit unter den Bergleuten. Es wurde ausgedrückt, daß die Wechseltagsverammlung auf die Wechseltagsverammlung der Bergleute gemahnt werden sollte. Sollte die Wechseltagsverammlung in den nächsten Tagen nicht erfolgen, würde man sie zu erzwingen suchen, eventuell unter Anwendung der letzten Mittel. Am gleichen Sinne ist auch die einstimmig angenommene Resolution gehalten, in der ausgedrückt wird, daß die Verarmung mit dem Gemein profit und sie allein die Verantwortung trifft, wenn der flüchtige Punkt zur lobenden Flamme wird.

Aus der Frauenbewegung.

Verfälschte Frauen.

Erstreckende Einzelheiten über die Verbreitung der Unmoralität in England enthält die kürzlich in St. Petersburg abgehaltene Kongress zur Bekämpfung der Verarmung. Einziges Material war aus allen Teilen Englands zusammengetragen worden und es zeigte sich, daß die Hauptursache für die Zunahme der Verarmung in den ärmeren Zuständen zu suchen ist, die in England herrschen, in der politischen und wirtschaftlichen Hygiene und Depression, die alles bedrückt und die Bevölkerung physisch, geistig und sittlich verkommen läßt.

St. Petersburg allein hat, wie die auf dem Kongress angeführten Zahlen zeigen, 50 000 Prostituierte bei einer Bevölkerung von 1 400 000. Sogar unter den Kindern macht sich ein bedeutendes Anwachsen der Prostitution bemerkbar.

Nachforschungen in einigen Fabriksvierteln und unter den Fabrikarbeiterinnen offenbarten die Tatsache, daß Tausende von Mädchen durch ihre Ausbeuter und Verführer zu einem Leben der Schande gezwungen werden. In sehr vielen Fällen müssen sie sich der Verhätlichkeit ihrer Ausbeuter und unmittelbaren Vorgesetzten fügen, wenn sie nicht ihre Bekämpfung verlieren wollen. Wo sie nicht auf solche Weise direkt zur Schande gezwungen werden, sind wieder die Bedingungen, unter denen sie leben müssen, geeignet, alles Schamgefühl zu töten. So haben viele Fabriken „Heime“ für ihre Arbeitererschaft eingerichtet, die nur aus einem einzigen Raum für Männer und Frauen bestehen. Die Unternehmer bedürfen und achten ihre Arbeiter nicht anders als Tiere.

In einer Ansprache an den Kongress griff der Dumaabgeordnete von Auzon, ein gemäßigter Liberaler, die Regierung scharf an und sagte, daß in England herrsche die Hygiene, weil es das Mädchen der Prostitution verführe. Er sagte: „Die Prostitution in England hat ihre Wurzel in den mangelhaften wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des Landes. Sie kann am besten bekämpft werden, indem man die Zustände beseitigt, welche die Frauen zur Prostitution treiben, das sind Armut, Hunger und Not. Bringt die wirtschaftlichen und sozialen Zustände des Landes in die Höhe und ihr werdet das Problem der Prostitution in weitem Umfange lösen.“

Der Moskauer Sozialistenführer M. K a v o l o f wies darauf hin, daß die Löhne, welche die Arbeiterinnen in den Fabriken erhalten, verarmt sind, daß sie die Mädchen zwingen, ihre Einkommen durch Prostitution zu erhöhen. Die Röhne sind so, sagte er, daß kein Mädchen anfänglich davon leben kann, wenn sie keine Eltern oder Brüder hat, die ihr helfen. Der Kongress nahm dann eine Resolution an, in der nachdrücklich Fabriksabteilung gefordert wurde.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul G e n n i g für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl B o d., Verlagsdirektor Liebhaf, Provinzialleser und Verfallungsberichte G o t t l. K a s a p a r l, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Verantwortlich der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Unser billiger **Weihnachts-Verkauf** **Dienstag, Geschw. Jüdel,** den 15. November. Leipzigstr. 101 — Spezialhaus.

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
Letzte Woche die grossen Schlager!
Der Scheintote.
 Moran u. Wiser. Mensch oder Affe? Tuxin!
 Gottlieb Reeck. 3 Schatten. Walter. Schreiber.

Freitag **Lebensmittel** Freitag
 Sonnabend **Sonntag**
 Sowie Vorrat.

Apollo-Theater
 Direction: Gustav Pöller.
Jubiläumssaison.
Oberbayerischen Bauern-Theaters.
 Dir. Michael Dengg u. Egersee
 Heute, Donnerstag, d. 10. Nov.:
Der Dieb-Kobereator.
 Bauernvolle n. Stein u. Lang
 i. 3 Akt. u. Karl Fein u. J. Bed.
 Freitag d. 11. November:
Ans der Art geschlagen.
 Volksschauspiel in 4 Akten
 von Johannes Meinhof.
 Sonnabend, den 12. Novbr.:
Nistraum-Händ.
Der Weindobauer.
 Volksstück in 3 Akten i. 7 Bild.
 von J. Kinsinger.

Achtung!
Verband der Fabrikarbeiter
 Telefon 2766.
 Sonntag, den 13. November, vormittags punkt 10 Uhr:
Besichtigung des Zoologischen Instituts, Domplatz 4.
 Treffpunkt 1/2 10 Uhr Domplatz.

Bitte lesen!
 Beim Einkauf von
Henkel's Bleich-Soda
 15 Pfg. jedes Paket
 achte man genau auf untenstehende Packung
 und weise Nachahmungen, da meistens minder-
 :: :: wertig, energisch zurück. :: ::

Henkel's Bleich-Soda
 garantiert chlorfrei.
 Fabrikmarke
 Gelegentlich besond. n. Besondere
 Spart bedeutend Seife, macht die Wäsche
 blendend weiss. Ueberrifft bei allen Reini-
 gungszwecken die Soda durch raschere
 u. gründlichere Wirkung, macht nament-
 lich Metallgegenstände sehr klar u. gelblich
 sehr weiss. Greift Hände u. Wäsche nicht
 an. Löst sich in Wasser sehr rasch, sollte
 deshalb in keiner Haushaltung fehlen.

Kleine Landschinken 1⁵⁰
Schinkenspeck 1⁰⁰
Carvelatwurst 1²⁰
Schinkenwurst 1⁰⁰
Wettwurst 1⁰⁰
Landleberwurst 55 Pfg.
Rotwurst 55 Pfg.

Rauch-Fleisch 83 Pfg.
 Pfund

Wurstfett 55 Pfg.
Palmbutter 60 Pfg.
Schweizer Käse 1/2 45 Pfg.
Oelsardinen Dose 35 28 Pfg.
Hering i. Gelee Dose 25 Pfg.
Russ. Sardinen Glas 25 Pfg.
Bismarckheringe Dose 40 Pfg.

Leipziger Allerlei 43 Pfg.
 2 Pfd.-Dose

Erbsen 2 Pfd.-Dose 32 Pfg.
Brechbohnen 2 Pfd. 28 Pfg.
Wachsbohnen 2 Pfd. 33 Pfg.
Zitronen 1 Stück 10 Pfg.
Neue Feigen 25 Pfg.
Neue Datteln 35 Pfg.
Marmelade 22 Pfg.

Marmelade 70 Pfg.
 3 Pfd.-Eimer

Gem. Zucker 20 Pfg.
Würlzucker 23 Pfg.
Gebr. Kaffee 1/2 48 Pfg.
Suppen-Nörchen 1/2 15 Pfg.
Erbsen 14 Pfg.
Linsen 15 Pfg.
Block-Schokolade 60 Pfg.

Kakao 75 Pfg.
 rein Pfund

Schokol.-Plätzchen 18 Pfg.
Carbon-Bonbons 1/4 10 Pfg.
Gem. Bonbons 1/4 7 Pfg.

Stadttheater Halle.
 Direction: Gth. Helml N. Richards.
 — Fernruf 1181. —
 Freitag den 11. November 1910:
 61. Vorstellung i. Ab. 1. Viertel.
Der Postillon von Loujumeau.
 Komische Oper in 3 Akten
 von H. Adam.

Sonne und Erde.
 Ballett-Revue in 1
 in 1 Korpel und 4 Bildern von
 F. Gaul und J. Hofreiter.
 Kassenöffnung 7 Uhr.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Sonnabend den 12. November:
 Nachmittags 3 Uhr:
**Kleiner-Vorstellung zu ganz
 kleinen Preisen.**

Wallensteins Tod.
 Trauerspiel in 5 Akten
 von Friedrich von Schiller.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 62. Vorstellung i. Ab. 2. Viertel.
 Neuität! Neuität!

Die gefohlene Frau.
 Operette in 3 Akten von Leo Fall

Herren-Garderoben
 fertige elegant und billigst unter
 Garantie tadelloser Sitzes.
 Stofflager im Hause.
 Neu eingeführt:
Kaltbare Arbeitshosen.
C. Wagner,
 Unterberg 2, am Waldenplan.

Apollo-Theater
 Direction: Gustav Pöller.
 Am 14. u. 15. Novbr.
 nachm. 4 Uhr:
**Unwiderruflich nur
 2 Gastspiele des
 Wissenschaftlichen
 Theaters der
 Urania zu Berlin**
 unter Leitung d. Dir. H. Lang.
 1. Tag: **Weber den Brenner
 nach Venedig.**
 2. Tag: **Kairo und die
 Pyramiden.**
 Preise der Plätze: Loge 2.10,
 1. Rang 1.55, 1. Parterre 1.05, 2. Rang
 0.85, 11. Rang 0.50 u.
 infl. inkl. Müllerssteuer.

Gänse! Enten!
 gar. leb. u. 10
 10 Wtm. alt.
 vollkomm. an-
 gef. jed. u. 10
 10 Enten 22 u. 10
 10 Gänse 34 u. 10
 10 Gänse 34 u. 10
 10 Gänse 34 u. 10
Kribbel-Krabbel
 gegen Koppläuse
 Der Blicke 30 und 50 Pfg.
 Nur ein in der
Drogerie Max Rädler,
 Marktstrasse 2.

Konsumverein zu Bitterfeld
 (o. G. m. b. H.).
 Sonntag den 20. November nachmittags 3 Uhr
 im Restaurant Hohenzollern:
Ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:
 1. Tätigkeitsbericht des Vorstandes und Aufsichtsrates und
 Rechnungslegung von 1909/10. Entlassung des Vorstandes und
 Aufsichtsrates. Genehmigung der Bilanz. Beratung über
 Verteilung des Reingewinns.
 2. Beihilfenfrage über Kreditnahme pp. (§ 49 des Genossenschafts-
 gesetzes).
 3. Antrag, dieselben sind bis spätestens Dienstag den 13. des
 Monats an den Unterzeichneten schriftlich einzureichen.
 4. Geldstrafes.
 Die Mitglieder und deren Frauen werden hierzu freundlichst
 eingeladen.
 Bitterfeld, den 9. November 1910.
 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates,
 Friedrich Cullrich, Hindenburgstr. 18.

Arb.-Bildungs-Verein H.-Kröllwitz.
 Sonnabend den 12. November im „Lindenhof“
:: 12. Stiftungsfest ::
 bestehend in
 Instrumental- u. Vokalkonzert, Turnen, Theater u. Ball.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Die Kinder unter 14 Jahren haben keinen Eintritt.
Aufsicht-Vorkarten empfiehlt die **Waischenhandl.**

Rossfleisch!
 Diese Woche wieder ff.
 Alles übrige wie bekannt nur delikat bei
A. Thurm,
 Reilstrasse 10.
 Gegen **Mundgeruch**
 „Chlorodont“ entfernt alle Mund-
 gerüche in 10 Minuten u. reinigt den
 Mund u. blutet infizierbare Zähne
 blendend weiss, ohne dem Schmelz zu
 schaden. Sehr erfrischend und gesund.
 In Tuben, 4-8 Wochen anzuwenden.
 Tube 1.4. Preis 20 u. 30 Pfg.
 In Apotheken, Drogerien, Was-
 chhäusern. Export in alle Ld. u. s.
 Carl-Neubach, Markt 17,
 Drogerie 22. Hofer, Gebrüder, 52
 Neumarkt-Str., Bernb.-Str. 69,
 W. Walsdorf, Markt, Gr. Markt 30.

Teegläser u. Teesiebe
 empfiehlt
C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 90.
Partei-Drucken empfiehlt die **Waischenhandl.**

Leopold Nussbaum
 Halle a. S.,
 Grosse
 Wirkstrasse
 60/61.
 Prima Schiefel-Gelief. (Sonderbitt.)
 Schuhe, Pantoffeln u. Kitzschuhe aller
 Art. Versteht in alle Arten. Herren-
 und Damen. Winterstiefeln. Vertie-
 fertigen billig zu verkaufen.
 Klotz, Dörsch, 20.
Petroleum-Glimlichtbrenner
 „Praktik“ 4.75 Mk.
C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 90.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 265

Halle a. S., Freitag den 11. November 1910

21. Jahrg.

Der erste Tag von Moabit.

Untrennbare „Verbindung“.

Aus Berlin schreibt man uns:

Am 20. September kam der Schiffer Friedrich Hagen, ein wegen Diebstahls mehrfach vorbestrafter Mann, über die Weichselbrücke im Norden Berlins, stieg auf eine Personennagelbahn, die aus der nahegelegenen Siedlungstraße vor der räumlichen Schumannstraße ohne Widerstand zurückwich, und geriet alsbald an eine Kette von Polizisten, die ihn zum Umfassen aufzoberte. Er setzte in eine Auseinandersetzung mit den Schutzleuten, wurde gepackt, verlor seinen Hut, verlangte durchgelassen zu werden; wurde abermals zurückgeführt und verurteilt nun, so sagt die Anklage, einem Schutzmännchen einen Stohr zur die Wurst, so daß dieser zurückkam. Er wurde nun für verhaftet erklärt und nach vergeblichem Widerstand abgeführt.

Nach diesem Mann und diesem Ereignis heißt der große Prozeß, der am Mittwoch von dem Berliner Kriminalgericht seinen Anfang genommen hat, Hagen und Genossen. Die Staatsanwaltschaft will den Beweis führen, daß Hagen und Genossen unter dem Einfluß, nicht nach gut und direkte Einführung der sozialdemokratischen Partei die Moabiter Taten zu begehen und daß sämtliche von den 34 Angeklagten angeblich begangene Straftaten als „innerlich miteinander verbundene Handlungen“ zu betrachten seien, also auch gemeinsam vor derselben Strafkammer wie der Fall Hagen zur Beurteilung gelangen können. Man fragt erlaubt, wie der Schiffer Hagen dessen Befehlsgebung sich im Verhältnis zu seinen politischen Führern Taten geradezu als heimatlos darstellte, zu der Ehre kommt, Stimmträger eines Prozesses zu sein, der von der Anklagebehörde zu einem eminent politischen getrieben wird. Dieser Hagen ist doch sicherlich kein Mann, der erst durch „sozialdemokratische Verführung“ zum Befehlsgeber geworden ist, er hat seine politischen Interessen, gehört keiner Organisation an, hat mit dem Streik bei Kupfer u. S. nichts zu schaffen und befand sich bei seiner Tat — einer gewöhnlichen Beutelei, wie sie zwischen Beamten und Schülern täglich vorkommt — fern von jeder unmittelbaren Verführung.

Darum hat nun gerade dieser gleichgültige und uncharakteristische Hagen trotzdem den Beitritt zu allen übrigen Angeklagten erhalten? Warum bezeichnet die Staatsanwaltschaft schlichte, unbedeutende Staatsbürger, die zum erstenmal die Anklagebank brüden, als Genossen eines siebenmal vorbestraften Diebes? Ganz einfach, weil der Name Hagen den Vorzug hat, mit einem O n a n g a n g e n, und weil der Staatsanwalt Prozesse liebt, die unter den Buchstaben H fallen; die kommen alle vor die dritte Strafkammer, die die härteste Strafkammer, die die Oberammerl.

Darum müssen Leute, die unter ganz anderen Umständen, an ganz anderen Tagen, ja in ganz anderen Stadtteilen aus berechtigten oder unberechtigten Gründen das Wohlwollen der Polizei erregen, mit Hagen und als Hagen Genossen vor Gericht.

Da sich die Verteidiger dieser unzulässigen Verschlebung der Angelegenheiten nicht widrigen, ist im Interesse ihrer Klienten auf schärfste Widerstand zu machen, gehalten sie gleich der erste Verhandlungstag sehr dramatisch. Vergebens bemüht sich die Verteidiger, die durch den Willen des Staatsanwalts und den hartnäckigen Justizirren des Gerichts willkürlich geschaffene „Verbindung“ nicht zu einander gehörigen Fälle zu trennen. Die Ablehnung aller noch so wohl begründeten Minderungsanträge veranlaßt schließlich die Verteidiger, den Gerichtshof wegen Befangenheit abzulehnen. Damit hätte über das Verbot des Vorsitzenden, als Rechtsanwältin Seine diesen Antrag kurz und schneidend begründete, und rief verlangte er die Verbindung auf den nächsten Tag 1/2 Uhr vorzutragen. Natürlich wird auch dieser Beschlusstrag abgelehnt werden, da sich die Richter für nicht befangen erklären werden, und doch wird er nicht vergebens gestellt sein.

Der erste Tag des Moabiter Prozesses war sein Tag der moralischen Siege für die preussische Justiz.

Verhandlungsbericht.

Die Moabiter Straftatensätze vor Gericht.

Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I begann am Mittwoch die Verhandlung wegen der Moabiter Straftaten. Es sind für die Verhandlung ganz außergewöhnliche „Vorrichtungsmaßnahmen“ getroffen worden. In den Portalen des neuen Kriminalgerichts, in den Portalkorridoren und an den Straßenecken in der Nähe des Gerichtshauses, überall stehen Schutzleute, meist Doppelgänger, mit ungeladener Dienstwaffe. Am Zubehörraum sind außerdem vier Kriminalbeamte stationiert, die in scharfes Augenmerk

auf Bombenwerfer und „Pretoren“

richten sollen. Diese „Vorbereitungen“ sollen die „Schwere“ der Anklage illustrieren und nach außen „Eindruck machen“. Von den 34 Angeklagten wird ein großer Teil aus der Untersuchungsabteilung geführt. Die Verteidigung führen die Rechtsanwältin Seine, Heinemann, Oskar Cohn, Theodor Lieber, Kurt Rosenfeld und Kurt Rosenfeld. Ein Angeklagter wird von dem Rechtsanwältin Wahn, ein anderer von dem Rechtsanwältin Wahn, der beiden Organisationen der Staatsanwaltschaft Steinbrecht und Staatsanwältin Selzner. Kurz vor Beginn der Verhandlung werden als Beisitzende eine Reihe Zeugen und Bürgerwehler in den Saal geschleppt, die auf die Schutzleute getroffen sein sollen. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Lieber läßt die Zeugen eintreten. Es sind zunächst etwa 60 Zeugen geladen, in der Mehrzahl Polizeioffiziere und Schutzleute. Es werden aber auch als Zeugen aufgerufen, sind jedoch noch nicht erschienen, das Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes Parteiführer Ebert, der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission Barzen und der Handlungsabgeordnete Ströbel. Die Zeugen werden sämtlich bis Freitag entlassen. Die meisten Angeklagten sind vorbestraft, zum Teil sogar recht erheblich, darunter einer mehrmals mit Zuchthaus.

Vor Eintritt in die Verhandlung der Angeklagten nimmt Rechtsanwält Dr. Heinemann das Wort: Ich beantrage,

diejenigen Sachen abzutrennen, die nach der Geschäfts-anweisung

nicht vor die dritte Strafkammer gehören.

und lediglich solche Sachen zu verhandeln, die sich vor die dritte Strafkammer gehören würden. Nach Ansicht der Verteidigung ist das erkennende Gericht nicht befähigt, maßgebend zu sein. Unter Gesetz steht auf dem Standpunkt, daß jede Straftat für sich selbständig zu verhandeln ist, und findet in der Verbindung mehrerer Sachen

eine Erkennung der Verteidigung.

Beweis kann das Gericht im Fall eines Zusammenhanges zwischen mehreren Straftaten ihre Verbindung zum Zweck einer leitenden Verhandlung anordnen. Ein solcher Zusammenhang liegt hier aber nicht vor. Es handelt sich bei den Angeklagten um räumlich und zeitlich ganz verschiedene Taten. Daher wurde die dritte Strafkammer die Verbindung nicht ausprechen. Das würde sonst zu der Sache führen, daß jede Strafkammer jede Sache, die ihr paßt, vor ihr form sicken kann. Durch den Verbindungsbeschlus werden also

die Angeklagten ihrem gesetzlichen Richter entzogen,

so daß die ganze Verhandlung mit dem Stempel der unbilligen Richtigkeit besetzt wäre. — Verteidiger Dr. Rosenfeld: Ich möchte mich diesen Anträge an, zumal ich Fälle vertrete, die zeitlich zu einer Zeit spielen, in der auch nach Ansicht der Anklage keine Unruhen herrschten, oder die in von Moabit weit abgelegenen Stadtteilen sich zugetragen haben. — Verteidiger Theodor Lieber: Ich vertrete die Angeklagten, die Streifereise „Belebte“ haben sollen. Das hat mit dem Unruhen an sich gar nichts zu tun und die Staatsanwaltschaft hat rein tendenziöse Verbindung nur vorgenommen, um höhere Strafen zu erzielen.

Vor: Ich bitte den Ausdruck tendenziöse Verbindung zu unterlassen. (In diesem Augenblick hört man lautes Schließen von der Anklagebank.) Die angeklagte Frau Reinhardt verhält in einem der Straftaten und muß aus der Anklagebank herausgeführt werden. Es werden ihr die Straftaten gemacht und später bemüht sich auch Rechtsanwält Dr. Hoffmann um Hilfe (Sie spricht sich jedoch nicht zu erholen). — Vert. Seine: Ich schicke mich dem Trennungsantrag an. — Verteidiger Rechtsanwält Dr. Cohn: Meine Klientin ist Frau Reinhardt. Sie soll im Zentrum der Stadt einen Schutzmännchen „Belebte“ haben. Das hat

mit Moabit gar nichts zu tun.

Dazu kommt noch, sie frant ich. Wie kann man da ihr zumuten, einer mehrbedeutenden Verhandlung beizuwohnen. Verteidiger Rechtsanwält Wahn: Ich halte die Kammer gleichfalls für nicht befähigt. — Verteidiger Rechtsanwält Dr. Wahn: Mein Klient hat mit den sozialdemokratischen Unruhen gar nichts zu tun, sondern gehört der gelben Arbeiterbewegung an. Sein Fall muß daher abgetrennt werden. — Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Alle Fälle sind verhandlungsfähig, die vor der Strafkammer und dem Schwurgericht sind Landgerichts zur Verhandlung kommen. In diesem Falle war es weiter notwendig, festzustellen, welchen Gesamtumfang die Unruhen hatten, welches ihr Grund war und ob es sich um einen Ausbruch schwerer oder leichter Art handelte. — Verteidiger Rechtsanwält Dr. Rosenfeld: Dr. Wahn hat von „sozialdemokratischen Unruhen“ gesprochen. Die Beweisnahme wird ergeben, daß es sich nicht um sozialdemokratische Unruhen handelt, sondern daß es — höchstens von

Erzählen der Schutzmännchen

sprechen kann. — Vor: Unterlassen Sie solche Ausbrüche. Nach langer Beratung verliert Landgerichtsdirektor Lieber folgenden Beschluß: Die angeordnete Verbindung bleibt bestehen. Ein Zusammenhang liegt vor, weil sämtliche Straftaten denselben Ursprung haben und weil ferner die Beweisnahme für alle Fälle zum großen Teil wenigstens die gleiche sein wird. Die Trennung der Straftaten gegen Frau Reinhardt bleibt für den Fall, daß die Angeklagte erkrankt, vorbehalten. Verteidiger Rechtsanwält Wolfgang Seine: Namens der Verteidiger und der von vertretenen Angeklagten lehnen wir die antretenden Richter wegen Befangenheit der Befangenheit ab. Die Staatsanwaltschaft hat den Angeklagten Hagen zum Gegenstand einer vorausgeschickten besonderen Anklage gemacht und hat dann alle anderen Fälle als Nachtragsanklagen beschieden. Dieses Verfahren ist ungewöhnlich und durch praktische Gründe nicht zu erklären. Die Verteidigung hat die Überzeugung, daß die Staatsanwaltschaft bei diesem Verfahren beabsichtigt hat

die eigentlich befähigte Kammer auszuschließen

und sich entgegen dem Gerichtsverfassungsgesetz nach Belieben eine andere Kammer auszusuchen. Das habe die Wahl gerade auf diese erkennende Kammer getroffen ist, läßt darauf schließen, daß die Staatsanwaltschaft bei ihr die Interessen der Anklage besonders gut gewahrt glaubt, insbesondere in der in dem Nachtrag zur Anklage zum Ausdruck gebrachten

politischen Richtung.

Die dritte Strafkammer hätte dem entgegenzutreten können, wenn sie den Verbindungsantrag abgelehnt hätte. Sie hat dies nicht getan. Sie hat auch heute dem Trennungsantrag nicht Folge gegeben und ist so der Staatsanwaltschaft entgegengekommen. Diese Tatsachen sind geeignet, das erkennende Gericht

als befangen

erscheinen zu lassen. — Vor: Die Kammer ist abgelehnt, die Sitzung wird auf Donnerstag 1/2 Uhr verlegt. — Verteidiger Rechtsanwält Dr. Oskar Cohn: Ich möchte einen Antrag stellen. — Vor: Ich bin abgeneigt, ich kann niemandem mehr das Wort geben. — Vert. A. W. Wahn: Ich möchte uns Wort bitten. — Vor: Ich bin abgeneigt und habe die Sitzung bereits auf morgen 1/2 Uhr verlegt.

Der Mann in die Gewerkschaft! Die Frau in die Genossenschaft! Beide in die Partei!

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 10. November 1910.

Gerichtlich beschleunigter Polizeimittelgriff.

Bekanntlich wurde am Sonntag Genosse W e i b u c h r von der Strafkammer wegen Verleitung der Polizei zu der erheblichen Geldstrafe von 600 Mk. verurteilt, und zwar mit der Begründung, daß die Polizei stets durchaus gefällig verfahren sei. In dem Prozeß handelte es sich auch darum, ob die Polizei bei der Aktion am Morgen des 20. Juni gelegentlich der Sicherung der drei Mitglieder des Gemeindeförderer-Verbandes treflich verfahren sei. Dies zu entscheiden, war Sache des Schöffengerichts, das sich hierzu mit der Angelegenheit beschäftigte. Angeklagt waren die Mitglieder des Gemeindeförderer-Verbandes: Karl Bachaus und Otto Freimuth von hier, die am Morgen des 20. Juni gegen 5 Uhr an der Klosterstraße in nicht geringer Anzahl die Polizei durchsichtig bedroht haben sollten. Ihr mitangeklagter Kollege Karl Lorenz wurde der Anführung zu dieser Verbreitung beschuldigt. Die zuerst erlassene Strafverfügung führte sich auf das alte preussische Prozeßgesetz, wegen die dort verfahren haben sollten. Da die Polizei aber ebenfalls später eingeholt, daß sie verstoß vorgegangen, daß sie die ersten Verfügungen auf und erstlich später drei neue, die aber nun erst recht günstig vorgegangen sind. Nachdem, den drei Arbeitern sich Schrecken und Gelächern genug bedroht worden. Warden bei in aller Eile ungeschickterweise nach der Sache geschickt. Die Polizei aber handelt laut Urteil der Strafkammer immer treflich.

Die „Angeklagten“ Bachaus und Freimuth bestritten, unentschieden Preussischen verurteilt zu haben. Sie hätten von ihrem stolzen Lorenz für die Tätigkeit in eine Part erhalten und wüßten, daß die Verteilung in dieser Weise erlaubt sei; deshalb hätten sie getraut, als sie noch der Polizeiwache gebracht worden. Der Angeklagte Lorenz bestreitet die Verablung. Man will nicht mehr, wie man es der hiesigen Polizei bei ihren Verfügungen gegen die Arbeiter recht machen solle. Es war eine Verablung der Strafkammer, nach der die Verteilung geplant, und um nun recht verständig zu verfahren, ließ man die Einlassungsbereit zur Bestimmung gegen das Urteil nicht zu. Die beiden Angeklagten Bachaus und Freimuth, die beiden Verurteilten von Bachaus nach in die Kammer erlassen in die Einlassung in dem Hallenfall keine Erlaubnis sei. Trotzdem die Verfügungen, nach denen die beiden Verteiler in eine Part Entscheidung erhalten hatten, sofort auf der Polizeiwache vorgelegt wurden, habe die Kammer die Sache doch verurteilt. Die Arbeiter Bachaus und Freimuth seien damals arbeitslos gewesen und hätten gern die Part verdient. Die es Jungen geladenen Polizisten Schilpitz und Kunsed, letzterer hatte nicht auf Erbrechen des ersten gehandelt, mußten ihre Taten einräumen und geben auch es möglich an, daß die Schützen auf der Wache die Verteilung hatten, nach denen sie für die Tätigkeit bezahlt wurden.

Der Amtsanwalt ein junger Jurist, meinte, daß das alte preussische Prozeßgesetz hier noch Anwendung finden könne. Das Gericht hätte die beiden Mitangeklagten ebenfalls von Lorenz nur erhalten, um das Gesetz anzuwenden zu können. Es sei gegen die drei Angeklagten eine Geldstrafe von je 6 Mk. zu beantragen.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Wahn, erklärt, daß die Strafverfügung für gänzlich unzulässig. Als die Polizei sah, daß sie mit der ersten Verfügung nicht durchkam, erstlich sie, um sich den Rücken zu decken, eine zweite. Das ganze Verfahren verstoße gegen den Rechtsgrund: ne bis in idem — nicht zweimal für ein und denselben Fall. Die Polizei ist in der Sache ziemlich frei zu Werke gegangen. Nicht der geringste Umstand spricht dafür, daß das Urteil für die Verteilung nur zum Schein gemacht worden ist. Das Schöffengericht kann nicht anders, als nach den Gründen der hiesigen Strafkammer und des Kammergerichts in gleichen Fällen entschieden. Das Kammergericht habe in konstanter Praxis auf Freisprechung erkannt, wenn die Zettelverteilungen nicht unentgeltlich geschahen. Und haben sich die Verteiler nicht strafbar gemacht, so könne auch Lorenz nicht als Anführer bestraft werden. Beantragt wurde, neben der Freisprechung auch die Kosten der Angeklagten der Staatskasse aufzuerlegen.

Das Urteil lautete auf Freisprechung unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse. In den Urteilsgründen hieß es, daß das alte preussische Prozeßgesetz nur die unentschiedene Verteilung solcher Druckschriften verbiete. Die Angeklagten hätten durchaus glaubhaft verurteilt, sie hätten für die Verteilung in eine Part erhalten. Demnach könne von einer Umgehung des Gesetzes gar keine Rede sein. Die Kosten für die Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen, ist nicht anständig, erstlich, da der Angeklagte Lorenz die Kammergerichtsentscheidung, auf die er sich bei seinem Turn hätte, geklärt hat. Eine juristische Verteidigung sei also nicht so notwendig erschienen. —

In seiner Meinung nach mußten den Angeklagten die Kosten der Verteidigung ersetzt werden. Obwohl die Rechtslage an sich recht einfach war, konnte sie den drei Arbeitern nicht mehr so erscheinen, nachdem die Polizei bei ihrer zweiten Strafverfügung statt des allein auszeichnenden Kammergerichtsurteils eine Oberverwaltungsgerichtsentscheidung zur Grundlage ihres Vorgehens gemacht hatte. Doch gleichwohl, wie diese Frage entschieden worden ist. Schon das Schöffengerichtsurteil bedeutet eine arge Niederlage der Polizei. Ihr wurde am Sonntag von der Strafkammer bestritten, daß sie noch nicht völlig rechtmässig gehandelt habe und nun mit ungeschickter in dem Falle, auf den sie sich hauptsächlich stützte, das Gegenteil feststellte.

Ist der Sachverhalt des Genossen Weibuchr wirklich misslungen? Wir sind hier gespannt, was das Reichsgericht zu dem Urteil und seiner Begründung zu sagen hat.

Während wir dies schreiben, geht uns die Mitteilung zu, daß die Polizei bei ihrem geschickten Verfahren bleibt. Die Mitglieder des Verbandes der Arbeiter haben an ihre unorganisierten Kollegen Veranlassungsbereitungen verteilt, und zwar gegen Entschädigung — die Polizei schleppt auch diese richtungslos zur Wache. Wie solches Verfahren zu beurteilen ist, bedarf keiner näheren Ausführung. Sicher ist allerdings, daß das Reichsgericht abermals unzulässige Gesetzmäßigkeit beschleunigt und

Für die Tafel empfehle allen Bewirtungen, welche bisher nur feine Butter-Butter gebräunt. **Rühnells Tafel-Kaffeein** unvertrocknete beher Butter-Butter Margarine . . . 1/2 Pfund **48 Pfg.** 5% Rabatt. **Der Wunsch gratis!** **Wollen Sie einen billigeren Butter-Erfolg,** empfehle Ihnen meine **Pflanzen-Butter-Margarine „R. R.“** 1 Pfd. nur **70 Pfg.** 5% Rabatt. **Blonzen-Butter** Marke Daphin 1/2 Pfd. 30 Pfg. 5% Rabatt. **Rühnells Runkl-Speise-Fett,** 1/2 Pfd. **35 Pfg.** 5% Rabatt. **Albert Knäusel.**

Mucrena.
 Sonntag den 13. Novbr., nachmitt. 3 Uhr
 im Gasthaus zum Fährhof in Mucrena:
Öffentl. Volks-Versammlung.
 Tagesordnung:
 Volks-Ausbeutung und Ausnahme-Gesetze.
 Referent: G. Mendorf-Halle.
 Einem recht zahlreichen Erscheinen der männlichen sowie weiblichen Einwohner der umliegenden Dörtschaften sieht entgegen
Der Einberufer.

Achtung! Könnern. Achtung!
 Sonntag den 13. November abends 8 Uhr
 im Bürgergarten zu Könnern:
Öffentl. Volksversammlung.
 Tagesordnung:
 „Der neueste Kurs in der Sozialpolitik.“
 Referent: Arbeitervereins Aecis-Halle.
 Einem regen Besuche sieht in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung entgegen
Der Einberufer.

Westewitz, Teicha u. Umg.
 Sonntag den 13. November abends 7 Uhr
 im Gasthaus des Herrn Schaaf in Westewitz
Öffentliche Versammlung.
 Tagesordnung:
 Die Furcht vor der Sozialdemokratie und die Kampfmittel ihrer Gegner.
 Referent: Frau Lisbeth Sperling, Galle.
 Einem recht regen Besuche der männlichen sowie der weiblichen Bevölkerung bei dieser für jeden so wichtigen Tagesordnung sieht entgegen
Der Einberufer.

Metallarbeiter
 Freitag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr,
 im großen Saale des Volksparks
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Bericht über die Bewegung zur Verfüngung der täglichen Arbeitszeit und Stellungnahme dazu. 2. Abrechnung vom 3. Quartal '10. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Kollegen! Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen unbedingt notwendig!
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
 Die Verbandsleitung.

Wolferode.
 Sonntag den 13. November 1910, abends 7 1/2 Uhr,
 in Nisches Lokal
Versammlung.
 Vortrag der Frau Nühle-Halle a. S.
 Nur recht zahlreichen Besuch, auch der Frauen, wird ersucht.
Verband d. Fabrikarbeiter Deutschl.,
 Zahlstelle **Ermleben.**
 Sonntag den 13. November nachmittags 3 Uhr
 im Gasthof zur Sonne:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Genossenschaftsfrage. 2. Abhaltung eines Bergmanns. 3. Anträge und Beschlüsse. Um vollständiges Erscheinen bitten
 Die Ortsverwaltung.

Bernhard Häni, Spezial-Korsettfabrik
 Fernspr. 2795 Halle a. S. Schmeerstr. 2
 — Leibbinden. —
 Größtes Lager
moderner Korsetts.
 Directoire-Korsetts
 vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.
 Bequeme Anprobierräume.
 Untertaillen Strumphalter
 Holzwollebinden.
 Billigste feste Fabrikpreise



Hüte
 feinste Marken feinste Marken.
 Täglich Eingang von Neuheiten.
 Mützen in allen Preislagen. Eigenes Fabrikat.
 Krawatten, Kragen-Schoner. Stets das Neueste.
 Wäsche, alle modernen Kragen, bunte Garnituren, Bielefelder Fabrikate.
 Schirme, Stöcke, Rucksäcke, Hosenträger, Manschetten-Knöpfe etc.
 Pelzwaren reiche Auswahl. Reparaturen billigst.
 Bergmanns-Hüte. — Schacht-Hüte usw.
Gustav Richter,
 Gr. Klausstrasse 35 Gr. Klausstrasse 35.

Pilo das Beste aller Schuhputzmittel.

Nordsee
 Freitag eintreffend:
1 Waggon Seefische
 Grösste Auswahl. Billigste Preise.
 Angelschellfisch mitt. 635
 Angelschellfisch ca. 14 30
 Brutschellfische 3 65
 Goldbarsch 2 nur 20
 Seelachs ohne Kopf 2 25
 Kabeljau ohne Kopf 3 30
 Karbonaden brauert. 3 38
 Austerisch-Karbonade 4 45
 (satt, schmeckerlich, ohne Gräten)
 Brutschollen 2 25
 Rotzungen alle Größ. 5 50
 Heilbutt 3-4 pfundig 4 45
 Heilbutt im Anschnitt 6 65
 Lebend. Flusszander 85
 Hotf. Flusszander 125
 Leb. Karpen, Aale, Schiefe.
 Pfahlmuscheln 100 St. 85
 Nordseekrabben, Hummerkrabben.
„Nordsee“
 Deutsche Dampffischerel-Ges.
 Tel. 1275. Gr. Ulrichstr. 58.
 Betr.: Albert Assmus.

Korzen,
 nicht tropfend, geruchlos.
C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 90.

Spülapparate aller Art.
 In allen Epitungen verwendbar: Antiseptikum „Vaglin nam“. Kataloge gratis u. franco, ohne Verbindl. verschließen.
 C. F. Ritter, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 41, Hinter Eingang am Kaulenberg.
 von 2.50 Mt. an.

Kluge Frauen
 sene Prop. Verleibshörung, Danfchreiben und Probebeutel Dr. Bion-Bulver bei Einbindung von 20 Pfg.-Warte gratis. Bitte anfordern.
 H. Löffler, Dresden 57, Wollmarkt 9.
Waschgefäße,
 dauerhaft und billig, größte Auswahl. Böttcheri Schillerstr. 1.

Ortsrententasse des Maurergewerks zu Wierseburg.
 Mittwoch (Bußtag), den 16. November, nachm. 4 Uhr,
 in der Kaiser Wilhelmshalle:
Fortsetzung der ordentl. Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Beschlußfassung über Auflösung der Kasse und Anschluß an die Allgemeine Ortsrententasse der Stadt Wierseburg.
 2. Vorstandsbericht.
 3. Revisionsbericht.
 4. Berichtendes.
 Der Vorstand:
 Freitag Schlichtfest, M. Fromme, Nebenamtliche 5.
 Freitag Gr. Schlichtfest, bei Otto Rühl, Mittelwache 6.
Makulatur hat abzulegen **Hallesche Genossenschafts-Druckerel.**

Konsumverein für Dieskau u. Umg. Zwintschöna.
 (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).
 Sonntag den 20. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthof zu Zwintschöna
Ordentliche Generalversammlung
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1909/10. Bericht des Aufsichtsrates, Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
 2. Beschlußfassung über die Verteilung der Ertragsanteile.
 3. Neuwahl eines Vorstandsmitglieds (Geschäftsführer).
 4. Neuwahl zweier Aufsichtsratsmitglieder u. zweier Erbsamänner.
 5. Anträge der Mitglieder.
 Die Anträge müssen fünf Tage vor Stattfinden der Generalversammlung eingereicht werden.
 Der Vorstand:
 Wilhelm Richter, Wilhelm Dausch, Fr. Krause.
Alle Parteizeitschriften empfiehlt die Volksbuchhblg.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Zigner. — Druck der Halle'sch. Genossensch. Buchdruck. (E. G. M. S. D.). — Verleger: vorm. Aug. Grob, jetzt R. Zigner. — Samt. l. Halle a. S.